2010/14 Thema

https://jungle.world/artikel/2010/14/wo-die-regierung-anti-gay-squads-finanziert

Der ugandische Schwulenaktivist Eric Bwire

Wo die Regierung Anti-Gay Squads finanziert

Von **Christian Jakob**

In Uganda organisiert der Staat die Jagd auf Schwule. Derzeit wird ein Anti-Homosexualitäts-Gesetz diskutiert – auch die Todesstrafe für Schwule wird dabei erwogen.

Dem Tatbestand widmen sich gleich zwei Paragrafen. »Gross Indecency«, schwere Unzucht, nennt ihn der Artikel 148. »Geschlechtsverkehr gegen die Ordnung der Natur« heißt er in Artikel 145 des ugandischen Strafgesetzbuches. Bei Vollzug droht lebenslange Haft, auf den Versuch stehen sieben Jahre Gefängnis. Gemeint ist jeweils dasselbe: gleichgeschlechtlicher Sex.

Eric Bwire hat gegen beide Paragrafen verstoßen. Der bisexuelle Ugander schlief mit Männern, in einem Land, in dem »Anti-Gay-Squads«, von der Regierung finanzierte Paramilitärs, Jagd auf Schwule machen. Ihm sei, sagt Bwire, »rätselhaft«, warum Homosexualität »gegen die Ordnung der Natur« verstoßen soll. Mit anderen Schwulen und Lesben hat der 31jährige Journalist deshalb »Anti Homophobie Africaine« (AHA) gegründet, ein Netzwerk für die Rechte »sexueller Minderheiten«, wie er es nennt. Danach waren seine Tage in Mukono, einem Vorort der ugandischen Hauptstadt Kampala, allerdings gezählt.

Vor zwölf Monaten endete seine Flucht vorerst in der Gemeinschaftsunterkunft Dietenhofen, 30 Kilometer westlich von Nürnberg. Hier teilt er sich das Zimmer mit einem anderen Asylbewerber. 40 Euro Taschengeld gibt es im Monat, dazu montags und mittwochs Essenspakete, zusammengestellt von der Regierung Mittelfrankens. Zu einem Interview mit der Lokalzeitung in den Räumen des Nürnberger Ausländerbeirates hat er sich einen hellgrauen Anzug angezogen, hellblaues Hemd, gedeckte Krawatte, er könnte als sein eigener Anwalt durchgehen. »Dabei hasse ich Anzüge«, sagt er hinterher. Aber Bwire muss seriös wirken. Sein Asylantrag läuft, in den kommenden Monaten wird das Bundesamt für Flucht und Migration entscheiden, ob er als politisch verfolgt gilt.

In Uganda wäre er heute entweder tot oder im Gefängnis, hat er bei seiner Anhörung erklärt. »Homophobie gab es dort schon immer.« Doch Ende der neunziger Jahre habe Präsident Yoweri Kaguta Museveni die Verfolgung von Schwulen zur Staatsdoktrin erhoben. »Er hat das Volk aufgefordert, in jedem Winkel des Landes nach Homosexuellen zu suchen«, sagt Bwire. Langsam, aber sicher habe sich eine Pogromstimmung ausgebreitet. »Hunderte sind der Lynchjustiz zum Opfer gefallen.« Schwule und Männer, die für schwul gehalten wurden, seien auf der Straße, in Toiletten von Bars und selbst in öffentlichen Bussen erschlagen worden. »Einer meiner engsten Freunde hat sich aus Verzweiflung umgebracht, zwei andere wurden getötet.«

Nun will der Staat das Töten selbst in die Hand nehmen. Im Oktober hat der Parlamentsminister David Bahati einen Gesetzentwurf eingebracht: Bei »Wiederholungstaten«, gleichgeschlechtlichem Sex mit Minderjährigen, Behinderten oder HIV-Positiven soll die Todesstrafe verhängt werden. Wer Homosexuelle nicht anzeigt, soll für Jahre ins Gefängnis. All dies soll selbst dann gelten, wenn die Taten im Ausland begangen werden. Regierungsvertreter haben inzwischen erklärt, die Todesstrafe aus dem Gesetzestext streichen zu wollen, doch noch wird über das Gesetz beraten.

Der seit 1986 ununterbrochen regierende Autokrat Museveni wurde vom Ausland vor allem wegen seiner Erfolge im Kampf gegen Aids unterstützt. Heute sind etwa sechs von hundert Ugandern HIV-positiv, Ende der achtziger Jahre waren es noch über 30 Prozent. Viele Millionen Dollar sind in das Land geflossen, die Gesundheitspolitik galt als Vorbild für Afrika. Schwule hingegen gelten dort als Gefahr für die Volksgesundheit. Sie seien von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen, erklärt Bwire. Irgendwann mochten sie dies nicht mehr hinnehmen. »Ende der neunziger Jahre gingen sie in die Öffentlichkeit und forderten ein Recht auf medizinische Versorgung bei HIV.« Seither verfolgt sie der Staat mit einem Eifer, der an die Tugendwächter der iranischen Religionspolizei erinnert.

»Weißt du, was passiert, wenn ein Schwuler in Uganda zu einem Arzt geht und wegen HIV behandelt werden will?« fragt Bwire. Wenn er Glück habe, werde er weggeschickt. Wenn er Pech habe, nehme man ihn fest und foltere ihn, um die Namen weiterer Schwuler zu erfahren. »Wenn jemand im Krankenhaus verdächtigt wird, schwul zu sein, dann wird sein Anus untersucht«, sagt Bwire. AHA habe versucht, diese Zustände zu dokumentieren. Eine Zeit lang konnte er seine politische Arbeit mit seinem Beruf verbinden. 2002 bekam der Diplom-Journalist einen Job bei der Wochenzeitung Sunrise. Am Anfang, als die Lynchmorde häufiger wurden, schrieb er hin und wieder etwas über »Sexual Minorities«. Bald aber war damit Schluss. Der Chefredakteur wollte sein Blatt nicht dem Verdacht aussetzen, sexuelle Andersartigkeiten gutzuheißen. »Wir können das nicht unter den Tisch fallen lassen«, habe Bwire entgegnet – und sich dem Verdacht ausgesetzt gesehen, womöglich selbst schwul zu sein. »Ich hab’ Nein gesagt.«

Vor zehn Jahren habe Bwire begonnen, sich für Schwulenrechte einzusetzen, unter anderem bei der ugandischen Sektion von Amnesty International. Zu jener Zeit sei ihm noch gar nicht klar gewesen, dass er bisexuell ist, sagt er. »Das kam erst später. Durch die Arbeit hatte ich viel Kontakt zu Schwulen. Irgendwann wurde ich neugierig auf Männer.« Ein richtiges »Coming-Out« habe er nie gehabt. »Ich war ja vorher schon in der Schwulenszene unterwegs. Da ergaben sich die Dinge einfach.« Schwules Leben sei in

Uganda sehr zurückgezogen. »Es gibt ein paar ›gay-friendly‹ Bars, ansonsten findet aber alles in privaten Räumen statt.«

In der AHA seien auch lesbische Frauen organisiert gewesen, auch wenn für sie die Lage geringfügig entspannter gewesen sei. Lesbischer Sex gilt zwar seit 2000 ebenfalls als »schwere Unzucht«, doch die Öffentlichkeit habe von lesbischen Frauen keine so klaren Stereotype wie von schwulen Männern, sagt Bwire.

2005 verliebte er sich in in eine junge Frau aus seiner Stadt und die beiden heirateten. Kurz darauf wurde ihr erster Sohn geboren, drei Jahre später der zweite. »Sie kannte meine Orientierung schon, als wir noch nicht verheiratet waren«, sagt Bwire. Sein Geständnis habe sie »nicht überrascht«.

Seine Frau arbeitet als Beraterin für ein Mikrokreditprogramm, er verdient umgerechnet 80 Euro in der Woche bei Sunrise. Sein Einkommen bessert er mit Seminaren für andere Aktivisten aus dem Umfeld der AHA auf, meist Schulungen in Öffentlichkeitsarbeit. Das Geld kam von der amerikanischen Ford Foundation, der immer wieder vorgeworfen wird, vor allem solche Projekte zu sponsern, die den USA unliebsame Bewegungen bekämpfen. 1996 sagte Bill Clinton noch, dass Museveni »an der Spitze einer neuen Generation afrikanischer Führer« stehe, die Weltbank feierte Uganda wegen seiner rigiden Spar- und Privatisierungspolitik als Musterland. Doch kurze Zeit später schickte der Sohn eines Rinderhirten Milizen in den Osten Kongos und schürte einen fünfjährigen Krieg mit drei Millionen Toten. Als er auch zuhause die Opposition terrorisierte, fiel er schließlich in Ungnade.

Im Juni 2006 reiste Bwire mit anderen Aktivisten nach Nairobi zur ebenfalls von der Ford Foundation finanzierten »Konferenz zu Lesbisch-schwul-transsexueller Organisierung in Ostafrika«. Als sie zurückkamen, wurden sie von der Polizei aufgehalten, ein Mitstreiter aus dem Kongo wurde verhaftet und abgeschoben. Bwire war im November 2008 an der Reihe. Wegen »Werbung für Homosexualität« verhaftete man ihn und brachte ihn in das Gefängnis von Kollolo. Dort musste er Zwangsarbeit leisten. Nach zwei Wochen, so sagt Bwire, gelang ihm die Flucht.

Das war der Zeitpunkt, als seine Mutter alles erfuhr. Die ehemalige Krankenschwester sei eine »religiöse Fundamentalistin«, sagt Bwire, weshalb er seine Neigungen lange vor ihr verborgen hatte. Bwire selbst hat das Problem nicht: »Ich bin nicht religiös«. Doch als er sich nach seiner Flucht aus dem Gefängnis auch bei ihr versteckte, musste er Farbe bekennen. »Sie wusste, dass meine Verhaftung irgendwas damit zu tun hatte. ›Sag’ mir bloß nicht, dass du selber schwul bist‹«, habe sie insistiert. Er enttäuschte sie. »Ich glaube, ich bin es doch.« Mittlerweile habe sie ihm allerdings verziehen. »Sie akzeptiert mich noch als ihren Sohn und seit ich in Deutschland bin, haben wir Kontakt.«

Hierher kam er, weil er sich kurz vor seiner Verhaftung für eine Journalistenfortbildung der deutschen Entwicklungs-NGO Inwent beworben hatte. Die Zusage kam per E-Mail, Freunde hätten seinen Pass von seiner Frau geholt und das Visum beschafft. Im Januar 2009 flog er nach Berlin. Als die Fortbildung im April vorbei war, habe er einen Asylantrag in Belgien gestellt und wurde schließlich nach Dietenhofen geschickt.

Wegen der »Residenzpflicht« darf er die Umgebung des 5 000-Einwohner-Städtchens nicht verlassen. Trotzdem fährt er oft nach Nürnberg. Dort hat er sich der »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge« angeschlossen, einem Flüchtlingsnetzwerk. Er ist in dieser Hinsicht guter Hoffnung. Als Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) im Januar nach Goma im Kongo reiste, appellierte er an Uganda, das Gesetz über die Todesstrafe fallen zu lassen. »Die Zustände in Uganda kann Deutschland nicht ignorieren«, glaubt Bwire.

© Jungle World Verlags GmbH